Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

4.6.1864 (No. 130)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 4. Juni.

Nr. 130. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. 1864.

Telegramme.

† **Brüssel,** 3. Juni. Der „Indep. Belge" wird über die gestrige Sitzung der Londoner Konferenz gemeldet: Die deutschen Mächte verlangen eine derartige Grenzlinie, daß Flensburg und Düppel bei Deutschland verbleiben. Die neutralen Mächte bezeichnen die Schley als Grenzlinie. Dänemark wünscht eine vorgängige Verständigung der deutschen und der neutralen Mächte unter sich, schlägt eine Verlängerung der Waffenruhe um 14 Tage vor, und verweigert eine fernere Verlängerung, wenn inzwischen nicht eine Friedensgrundlage festgestellt ist. Alles wurde ad referendum genommen, und die Sitzung bis nächsten Montag vertagt.

† **London,** 3. Juni. Die gestrige Konferenzsitzung dauerte vier Stunden. Dänemark lehnte die Vermittlungsvorschläge der neutralen Mächte ab. Die Konferenz besprach die einstweilige Verlängerung der Waffenruhe auf 14 Tage. Der Vorschlag wurde ad referendum genommen. Nächste Sitzung Montag.

Nachschrift. Die Ablehnung der Vermittlungsanträge dänischer Seits und die Annahme derselben deutscher Seits war nur bedingungsweise; die Ablehnung der Zumuthungen bezüglich Kiels und Flensburgs (Rendsburgs?) von deutscher Seite dagegen positiv.

† **London,** 3. Juni. Man meldet der „Frkf. Post-Ztg." telegraphisch: In der gestrigen Konferenzsitzung verwarf Dänemark die Fortsetzung der Waffenruhe, versprach jedoch auf Andringen der Neutralen (— wobei die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens sich nicht an der Debatte betheiligten —) für entgegenkommende Instruktionen für die Montagssitzung Sorge tragen zu wollen.

Berlin, 3. Juni. (W. T.-B.) Gutem Vernehmen nach begibt sich der Herzog von Augustenburg von hier nach Wien.

Wien, 3. Juni. (W. T.-B.) Die gestrige „Wien. Abendpost" schreibt: „Der Besuch der bayrischen Ministerialräthe war nicht erfolglos; er führte zu einer vorläufigen Vereinigung, welche die Rechte und Interessen Deutschlands zunächst auf dem volkswirthsch. Gebiet einer endlichen Verschmelzung zuzuführen geeignet ist. Den Anhängern des französisch-preußischen Vertrags werden nur solche Zugeständnisse zugemuthet, welche von allen befürwortet werden können, die da wünschen, daß Oesterreich der deutschen Nation nicht entfremdet werde. Es ist übrigens nur ein Vorschlag, der seine Phasen durchzumachen hat, dessen Verwirklichung einerseits von der Entschlossenheit und dem Patriotismus der süd- und mitteldeutschen Staaten, andererseits von der Ueberzeugung Preußens abhängt, daß Deutschlands Wohl ein Zusammengehen der deutschen Großmächte auch auf dem handelspolitischen Gebiet verlangt."

Paris, 3. Juni. (Sch. M.) Moniteur: Es wurde eine Konvention unterzeichnet, welche den gleichmäßigen Preis einer einfachen telegraphischen Depesche zwischen Frankreich und Bayern auf 3 Franken vom 1. Juli d. J. an festsetzt.

Deutschland.

× **Frankfurt,** 2. Juni. Nach einer dreiwöchentlichen Unterbrechung hat die Bundesversammlung heute wieder eine Sitzung gehalten und — wohl auf Antrag der vereinigten Ausschüsse — den Beschluß gefaßt, sämmtliche Bundesregierungen aufzufordern, die Ausfuhr von Pulver und Kriegsmunition überhaupt seewärts aus Norddeutschland zu verbieten. — Auf Verlesung von Berichten des Hrn. v. Beust durch den Präsidialgesandten erklärte die hohe Versammlung ihr Einverständniß mit dem bisherigen Verhalten des Bundesbevollmächtigten auf der Londoner Konferenz. — Auch Berichte der Zivilkommissäre in Holstein und des Generals v. Hake kamen zur Vorlage und wurden den Ausschüssen zugewiesen. Sonst Referate des Militärausschusses, Anzeigen verschiedener Art von mehreren Regierungen.

Weimar, 1. Juni. (Fr. J.) Die dieser Tage hier stattgehabte Konferenz der Minister der herzogl. sächsischen Staaten galt hauptsächlich auch der Berufung eines Bundestags-Gesandten für die 12. Kurie, da Hr. v. Fritzsch mit dem 1. Juli von diesem Posten zurücktritt. Wir haben nicht erfahren, ob die Minister sich schon geeinigt; in Aussicht waren jedoch genommen der diesseitige Oberstaatsanwalt v. Groß und Frhr. v. Liliencron aus Altenburg.

Dresden, 2. Juni. (W. T.-B.) In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer erklärte der Finanzminister, Sachsen habe durch den Abschluß eines Vertrages über Verlängerung des Zollvereins-Vertrags auf Grund des Handelsvertrags mit Preußen keine Demonstration machen wollen, um auf Andere einzuwirken, sondern nun eine feste Position gegen die Eventualität des Zerfalles des Zollvereins gefaßt, und darin aus fester Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Maßregel für die Interessen Sachsens gehandelt. Die Kammer sprach der Regierung ihren wärmsten Dank für deren Verhalten in dieser Frage aus, und drückte zugleich die Hoffnung aus, daß es der fortgesetzten Mitwirkung der Regierung gelingen werde, den Zerfall des deutschen Zollverbandes zu verhüten.

Hannover, 31. Mai. Die Erste Kammer beschloß auf den vom Justizausschuß empfohlenen Antrag der Regierung die Aufhebung der lex Anastasiana.

Flensburg, 1. Juni. Nachstehenden Armeebefehl hat der General-Feldmarschall, Graf v. Wrangel, nachdem er auf sein Gesuch des Oberkommando's enthoben war, an die alliirte Armee erlassen:

Hauptquartier Horsens, 20. Mai 1864. Se. Maj. der König, mein Allergnädigster Herr, haben geruht, durch Kabinetsordre vom 18. d. mich, unter Erhebung in den Grafenstand, von dem Oberkommando der alliirten Armee zu entbinden, und mit deren Führung bis auf Weiteres Se. Königl. Hoh. den Prinzen Friedrich Karl von Preußen, als den ältesten der auf dem Kriegsschauplatz befindlichen Generale, beauftragt, während der General der Infanterie v. Herwarth die Vertretung des kommandirenden Generals des kombinirten Armeekorps übernimmt. Se. Majestät sagt mir den königl. Dank für den glorreichen Feldzug, der so eben zu einem Abschnitt gelangt ist, und beruft mich, um mich bei meinem hohen Alter nach einer beschwerlichen Wintercampagne nicht möglichen neuen Strapazen auszusetzen, nach Berlin in Allerhöchstseine Nähe. Hiernach scheide ich von Euch, meine lieben Kameraden der alliirten Armee, die Ihr in einem mehrmonatlichen Feldzuge siegreich den Feind, wie die Unbilden eines ungewöhnlich harten Winters überwunden habt. Die alliirte Armee hat unter meiner Führung die ihr gestellte Aufgabe, die Okkupation des Herzogthums Schleswig, so glänzend erfüllt, daß Hunderte von Geschützen und Tausende von Gefangenen sich in unsern Händen befinden, und daß der Feind vom festen Lande seines Reichs vertrieben ist. In rühmlichstem Wetteifer haben die alliirten Truppen, als würdige Repräsentanten zweier großen Armeen, neben einander in treuer Waffenbrüderschaft gestritten, und so ein Ziel erreicht, bei welchem angelangt, ich mit Befriedigung, von der Gnade unserer erhabenen Monarchen hochgeehrt, mich zurückziehen kann. Dafür sage ich allen Herren Generalen, Offizieren, Beamten und Soldaten der alliirten Armee meinen herzlichsten, innigsten Dank; an Eurer Spitze habe ich die schönste und stolzeste Zeit erlebt, die mir Gottes Gnade hat zu Theil werden lassen. Lebt wohl und vergeßt Eures greisen Führers nicht, der bis an sein Lebensende Eurer und Eurer Thaten mit Dankbarkeit und Stolz gedenken wird. Der Feldmarschall v. Wrangel.

— Aus **Fridericia** wird die Ankunft des in besonderer Mission des Generalleutnants v. Gerlach in das preußische Hauptquartier entsandten Generalstabs-Chefs, Obersten v. Kauffmann, und dessen Adjutanten, Oberleutnant Baron Wedell, gemeldet. Der österreichische Kommandant, Oberst Graf v. Auersperg, empfing die beiden Offiziere an der Fährstelle, während mehrere österreichische Offiziere zur Begrüßung am Landungsplatz erschienen waren. — Der Verkehr zwischen Jütland und der Insel Fühnen geht nach einer Uebereinkunft der dänischen Behörde mit dem hiesigen Truppenkommando lediglich über Snoghoi. Die Postverbindung von Kolding mit dem Süden ist unterbrochen.

Berlin, 1. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." tritt gegen die optimistische Auffassung von der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage auf und fährt fort:

Selbst die Souveränetätsfrage wird immer verwickelter. Es ist Thatsache, daß man oldenburgischer Seits nicht daran denkt, die Ansprüche auf den Gottorp'schen Theil fallen zu lassen, sondern daß dieselben vielmehr neuerdings mit allem Nachdruck geltend gemacht worden sind. Jedermann weiß, daß das Haus Oldenburg bei'm Abschluß des Londoner Vertrags auf seine Ansprüche nur in der Voraussetzung resignirte, die Integrität Dänemarks für die Glücksburger Linie zu sichern. Mit dem Fortfall dieser Bedingung traten selbstverständlich diese Ansprüche wieder in ihr Recht, und es wird eben nur darauf ankommen, wie weit sich dieselben begründen lassen.

Eine zweite dahingehende Nachricht ist die Bestätigung unserer schon gestern gebrachten Mittheilung, daß man in Kopenhagen durchaus nicht geneigt sei, auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes unter den gegenwärtigen Bedingungen einzugehen. „Fädrelandet" erklärt, daß die Regierung nur Angesichts eines nahen und bestimmten Friedensabschlusses sich zu weiterer Waffenruhe verstehen werde, und andere Berichte aus Kopenhagen wollen wissen, daß man dort geneigter als je sei, den Krieg zur See mit aller Energie fortzusetzen und dann endlich mit Berlin und Wien direkt zu verhandeln. — Die morgende Konferenz wird jedenfalls einen bestimmtern Aufschluß darüber geben.

◇ **Berlin,** 2. Juni. Heute traf Ihre Kaiserl. Hoh. die Frau Großfürstin Helene von Rußland aus St. Petersburg hier ein und nahm im russischen Gesandtschaftshotel Wohnung. Nachmittags stattete der König der Großfürstin einen Besuch ab. Ihre Kaiserl. Hoheit wird übermorgen nach Kissingen weiter reisen. — Der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein war gestern Nachmittag bei den kronprinzlichen Herrschaften im Neuen Palais zur Tafel. Gestern Abend nach seiner Rückkehr von Potsdam beehrte Höchstderselbe den Ministerpräsidenten v. Bismarck mit einem Besuch. — Der bisherige großh. badische Gesandte am hiesigen Hofe, Frhr. v. Marschall, ist heute Morgen nach Karlsruhe abgereist.

Stettin, 2. Juni. (Köln. Ztg.) Die „Ostsee-Ztg." erfährt, daß die beabsichtigte Reise Sr. Maj. des Königs von Preußen nach Stettin für jetzt unterbleiben wird.

Königsberg i. Pr., 28. Mai. In Folge einer Requisition des Kammergerichts-Raths Krüger in Berlin wurden hier zwei Kaufleute polnischer Nationalität, Koronowicz und Goscicky, verhaftet und vorläufig hier untergebracht.

†† **Wien,** 2. Juni. Eine Vereinbarung mit Bayern in der Zollfrage ist nun doch, wie ich zuverlässig höre, erzielt worden, und hat man die Registratur darüber gestern ausgefertigt. Dieselbe geht davon aus, daß der Zollverein, und zwar auf Grundlage des preußisch-französischen Handelsvertrags, erhalten bleibe, und beschäftigt sich darnach nur mit der Erneuerung des bestehenden Februarvertrags mit dem ungeminderten Zollverein. An der Spitze der betreffenden Stipulationen steht der Satz, daß Art. 31 des französischen Vertrags dahin abzuändern sei, daß das Verhältniß des Zollvereins zu Oesterreich von der Gleichstellung Frankreichs mit den meistbegünstigten Nationen ausgenommen werde. Dann folgt, für Oesterreich sowohl, als für den Zollverein, die Verpflichtung, die aus dem freien Verkehr der beiderseitigen Zollgebiete kommenden Waaren als Regel nur mit der Hälfte des allgemeinen Außenzolls zu belegen; Ausnahmen von dieser Regel sind auf dem Weg der Verhandlung festzusetzen; der österreichische Wein darf aber in keinem Fall mehr als jene Hälfte zahlen. Die einmal vereinbarten Zölle können nicht einseitig erhöht oder herabgesetzt werden; die bestehende Durchfuhrzoll-Freiheit bleibt aufrecht erhalten. Auch im Uebrigen bleibt es bei den Bestimmungen des Februar-Vertrags. Die Wirksamkeit des neuen, abermals auf 12 Jahre abzuschließenden Vertrags beginnt im Jahr 1866 und sein stets im Auge zu behaltendes Ziel ist die schließliche Zolleinigung. Die beiden bayrischen Bevollmächtigten sind übrigens heute bereits abgereist.

Schweiz.

Bern, 2. Juni. (Bund.) Der Bundesrath hat sich gestern veranlaßt gesehen, seinen Vizepräsidenten, Hrn. Dr. Schenk, als Bdg. Kommissär nach Baselland abzuorden, wo derselbe schon im Lauf des gestrigen Nachmittags angelangt sein wird. Die Veranlassung ist kurz folgende:

Auf den in voriger Woche eingetroffenen Rekurs des patriotischen Vereins (HH. Graf, Gutzwiller und Genossen) hatte der Bundesrath die Regierung unterm 25. Mai eingeladen, die auf letzten Sonntag anberaumte Volksabstimmung zu verschieben. Die Regierung jedoch hielt die Anordnung fest, hob indessen einen der drei Klagepunkte der Rekurrenten (das Aufbieten bei Buße) auf. Auf dieses erließ der Bundesrath am 27. Mai nach Liestal den telegraphischen Befehl, die Volksabstimmung dennoch zu verschieben, indem er zugleich die Regierung für allfälliges Zuwiderhandeln verantwortlich machte. Da berief die Regierung auf den 28. Mai den Landrath zu außerordentlicher Sitzung ein. Dieser berieth bei geschlossenen Thüren und setzte, unter Berufung auf Art. 49 der Verfassung von Baselland, eine Kommission von 7 Mitgliedern (sog. Wohlfahrtsausschuß) nieder, welche im Verein mit der Regierung über das Weitere zu verfügen hatte. Mittlerweile hatte der patriotische Verein seinerseits eine Proklamation erlassen, worin er das Volk, unter Hinweisung auf die bundesräthlichen Weisungen an die Regierung, aufforderte, sich an der Volksabstimmung vom Sonntag (29. Mai) nicht zu betheiligen. In der That stimmten dann 17 Gemeinden gar nicht, und dies hatte zur Folge, daß nicht die verfassungsmäßige Zahl von Bürgern sich an der Abstimmung betheiligte, und folglich die Abstimmung zu nichts führte.

Unterdessen schlugen die Wogen der Leidenschaft beiderseits immer höher. Die Regierung theilte in den ihr ergebenen Gemeinden Waffen und Munition aus dem Zeughause aus, unter dem Titel, die freiwilligen Schützenvereine zu unterstützen. Da verlangten die oppositionellen Gemeinden unter dem gleichen Titel ebenfalls Waffen und Munition. Gestern Morgen scheint die Aufregung namentlich in Liestal so groß gewesen zu sein, daß beide Parteien sich zur Wehr gegen einen Ueberfall rüsteten und man einen bewaffneten Zusammenstoß fürchtete. Auf solchen Bericht hin ordnete der Bundesrath auf Antrag des politischen Departements (Bundespräsident Dr. Dubs) Hrn. Bundesrath Dr. Schenk, der sogleich abreiste, nach Liestal ab, mit der Mission, die Krisis wo möglich zu versöhnlicher Erledigung zu führen.

Die Regierung von Baselland ist zugleich aufgefordert, bis auf weitern Beschluß des Bundesraths sich aller und jeder Maßregeln zu enthalten, welche auf eine Veränderung oder Ergänzung des Abstimmungsresultats vom letzten Sonntag abzielen sollten, und zwar bei Verantwortlichkeit jedes einzelnen Mitgliedes. Zugleich ist sie eingeladen, dem Bundesrath über die Kompetenz des sog. Wohlfahrtsausschusses und der einzelnen Mitglieder desselben sofort Kenntniß zu geben, wobei der Bundesrath zum voraus darauf aufmerksam macht, daß er diesem Ausschuß des Landrathes keine Befugnisse zugestehen könne, die nicht dem Landrath in seiner Gesammtheit zustehen, und daß er für jeden verfassungs- und gesetzwidrigen Gewaltmißbrauch die Mitglieder jenes Ausschusses ebenfalls als persönlich verantwortlich erklären müsse. Ueber die Wirkung dieses Beschlusses und die Mission des Hrn. Bundesrath Schenk sind die Berichte zu gewärtigen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 2. Juni. Der „Abend-Moniteur" berichtete

über eine zu Kopenhagen herrschende Aufregung, wo man Wiederaufnahme der Feindseligkeiten fordert, damit nicht die Jahreszeit, welche den Dänen zur See günstig ist, in nutz- und resultatloser Waffenruhe verstreiche; der „Moniteur" von heute Morgen hat diese Mittheilung jedoch nicht aufgenommen. Dagegen bringt der „Moniteur" ein kais. Dekret vom 1., womit der Verfasser des „Lebens Jesu", Professor Renan, „der den Katheder, wo er nur einmal erschien, nicht wieder besteigen könne", auf Antrag des Hrn. Duruy, zum Konservator und Unterdirektor in der Manuskriptenabtheilung der kais. Bibliothek ernannt wird. Zu bedauern ist jedenfalls, man mag für oder gegen Renan sein, daß seine Revokation die Aufhebung des hebräischen Lehrstuhls nach sich zog, dessen Gründung bis auf Franz I. zurückreicht. — Die am 5. Nov. 1863 eröffnete Session des Senats wurde gestern geschlossen. — Der „Abend-Moniteur" berichtet über die Abreise des Königs von Griechenland, welcher sich am 24. Abends im Piräus an Bord der Fregatte „Hellas" einschiffte, um sich nach Syra, Nauplia, Kalamata, und von da nach den Jonischen Inseln zu begeben. Dem „Moniteur" zufolge begleitete den König von den Thoren Athens bis nach dem Piräus der wärmste Jubel des Volks. Im Hafen salutirte die französische Fregatte „La Magicienne" das königl. Boot mit 21 Schüssen; die anwesenden englischen, russischen und österreichischen Schiffe folgten sofort diesem Gruß. Der französische Geschäftsträger schiffte sich am 26. Abends ein, um nach Navarin zum König zu gehen. Die Geschäftsträger von Rußland und England wurden gleichfalls eingeladen, Se. Majestät auf der Reise zu begleiten. Weniger rosenfarbig ist, daß, wie die „France" berichtet, die Sachlage in Athen sich durchaus nicht bessert; das Räuberwesen, welches in der unmittelbaren Nähe der Hauptstadt herrscht, vermehrt noch das durch die Politik ohnehin so große allgemeine Unbehagen.

Die vom Kaiser eingesetzte Kommission zur Prüfung der Angelegenheit des Isthmus von Suez hat ihre kontradiktorischen Debatten geschlossen; bis gegen den 15. wird sie nun ihren Bericht dem Kaiser vorlegen, dessen Ausspruch man Anfangs Juli erwartet. — Der französische Gesandte im Haag, Hr. Baudin, sowie der Gesandte am Hofe zu Weimar, Hr. Belcastel, sind in Paris eingetroffen. — Dem Vernehmen nach wird der Kaiser seine Abreise nach Fontainebleau bis Montag verschieben, um Sonntag dem Wettrennen im Boulogner Wald anzuwohnen. 71 Pferde werden um den Preis von 100,000 Fr. ringen. Eine Manifestation gegen die Engländer scheint sich vorzubereiten. — An der Börse dauert die Hausse der ital. Anleihe fort; sie stieg auf 69.90. Rente bleibt 67. Cred. Mob. 1150. Die meisten Positionen wurden reportirt.

* **Paris,** 2. Juni. Der „Abend-Moniteur" berichtet Folgendes über die Verhandlungen der Londoner Konferenz vom 28. v. M.:

Nach den Nachrichten, welche aus mehreren Quellen in den letzten Tagen zur Oeffentlichkeit gelangt sind, und nach der am besten bewährten Lesart war der Stand der Unterhandlungen bei der am 28. Mai gehaltenen Sitzung folgender: Die deutschen Mächte hätten verlangt, daß die Herzogthümer zu einem einzigen unabhängigen Staat vereint würden, daß sie vollständig von Dänemark getrennt würden, und daß der Herzog von Augustenburg als ihr Herrscher anerkannt würde. Da diese Vorschläge von der Konferenz beseitigt worden, hätte England folgendes Programm vorgebracht: Theilung Schleswigs in zwei Theile; Inkorporation des nördlichen und dänischen Theils in Dänemark; Vereinigung des südlichen und deutschen Theils mit Holstein; Anfrage bei der Bevölkerung des vergrößerten Holsteins wegen der Wahl des Herrschers dieses neuen Staats. Die dänischen Bevollmächtigten hätten erklärt, über dieses Programm an ihre Regierungen Bericht erstatten zu wollen, da sie nicht genügende Instruktionen hätten, um auf Grundlage des englischen Vorschlags zu unterhandeln. Die deutschen Bevollmächtigten hätten sich darauf eingelassen, den englischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, hätten jedoch über mehrere Punkte ihren Vorbehalt gemacht.

Von den vier Italienern, welche wegen eines Mordversuchs auf das Leben des Kaisers kürzlich verurtheilt wurden, sind Imperatori und Scaglioni bereits nach dem Gefängniß abgeführt worden, in dem sie ihre 20jährige Haft abzubüßen haben; Greco befindet sich auf dem Wege nach Toulon, von wo er nach Cayenne gebracht wird. Trabuco allein ist bis jetzt in Mazas zurückgeblieben. — Der Kassationshof wird sich Samstag den 4. mit dem Kassationsgesuch Couty de la Pommerais beschäftigen. Generalstaatsprokurator Dupin wird in dieser Sache sprechen.

Spanien.

Aus **Madrid,** 31. Mai, wird telegraphirt: „Die Regierung hat Nachrichten aus Peru erhalten, welchen zufolge dieser Staat geneigt ist, Spanien Genugthuung zu geben. Der Ministerrath hielt gestern in Aranjuez eine Sitzung, um sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Der Progressistenausschuß hat, ohne auf die zwischen Espartero und Olozaga ausgebrochenen Mißhelligkeiten Rücksicht zu nehmen, die Reorganisation der Partei beschlossen."

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Mai. (Nat.-Ztg.) Es wird in hiesigen Regierungskreisen durchaus nicht befremden, wenn es eines schönen Tages heißen wird: „Unsere Bevollmächtigten werden aus London unverrichteter Sache zurückkehren!" Der Ministerpräsident hat nämlich seinen Vertretern bei der Londoner Konferenz die Weisung ertheilt, unmittelbar, nachdem sich die Ungeneigtheit gegen einen dänischer Seits unter der Räumung Schleswigs und Jütlands zu offerirenden Waffenstillstand herausgestellt haben und keine Friedenspräliminarien zu Stande gekommen sein würden, unter Protest von der Konferenz zurückzutreten. In ähnlichem Geist läßt sich denn auch das heutige „Dagbladet" vernehmen, wenn dasselbe u. A. äußert:

Wir dürfen nicht selbst an einer Lösung Theil nehmen, welche den Untergang unseres tausendjährigen Reichs bereitet. Wir dürfen derselben durch unsere Zustimmung nicht den Schein der Gesetzlichkeit aufdrücken. Unser kleines Land kann genöthigt werden, sich dem Unvermeidlichen zu unterwerfen. Gestellt gegen eine ungeheure Uebermacht, verrathen von Schweden und Norwegen, betrogen von England, und geopfert von Frankreich, kann es einen fortgesetzten Widerstand für hoffnungslos erachten; aber es darf nicht versäumen, einen bestimmten Protest gegen eine Gewaltthat zu erheben, welche die Theilung Polens übertrifft (!) und schwer auf dem Gewissen Europa's ruhen wird. Soll unser Recht unter die Füße getreten werden, so dürfen wir uns wenigstens nicht selbst an den Beschlüssen betheiligen, welche gefaßt werden, und dadurch die Gesetze anerkennen, welche die Ungerechtigkeit uns aufzwingt. Der Tag kann kommen, an dem das Recht wieder über der Macht stehen wird, und wir dürfen dann nicht durch die frühere Genehmigung des uns auferlegten Zwangs mit gebundenen Händen dastehen.

Aus Jütland werden in nächster Zeit zahlreiche Deputationen zur Audienz bei'm König erwartet. Eine solche aus Kolding und Umgegend war bereits in der vorigen Woche hier erschienen und überreichte eine Adresse des Inhalts, daß das jütländische Volk sich in jeder Beziehung mit einer fortgesetzt nationalen Politik einverstanden erkläre.

Kopenhagen, 30. Mai. Eine Deputation aus Kolding und Umgegend hat in diesen Tagen Sr. Maj. dem König eine Adresse überreicht, die 1600 Unterschriften trug. In der Adresse wird dem König das volle Vertrauen des dänischen Volkes und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, zum Nutzen des bedrängten Vaterlandes freudigen Herzens jedwedes Opfer darbringen zu wollen. (Eine ähnliche Adresse wurde aus Frederiksborg in Seeland überreicht.) — Nach „Dagbladet" liegen jetzt mehrere deutsche Fahrzeuge in Frederikshald unter russischer Flagge. Die Bedingung, unter welcher sie sich der russischen Flagge bedienen können, ist nach Aussage eines der Schiffer die, daß je der fünfte Mann der Mannschaft ein Russe sein muß.

Kopenhagen, 31. Mai. (Nat.-Ztg.) Ueber die letzte Sitzung der Londoner Konferenz wird hier vielfach gesprochen, doch eigentlich ohne nähere Grundlage, da in offizieller Form nur bekannt wurde, daß die Sitzung stattfand, daß Lord Russell das schleswig'sche Theilungsprojekt aufstellte, daß die Bevollmächtigten der verbündeten Mächte diesen Vorschlag ad referendum nahmen, und daß die nächste Sitzung am 2. Juni stattfinden soll. — Der außerordentliche Regierungskommissär für Jütland, Stiftsamtmann Dahlström, hat verfügt, daß die Gemeindevertreter, wenn von den Militärbehörden Fuhren verlangt werden, sich mit den Letzteren über die Zahlung verständigen, und daß zugleich für die Dauer der Waffenruhe alle bisherigen Verpflichtungen zur Leistung von Kriegsfuhren als erloschen betrachtet werden sollen. Der Wagenpark wird aufgelöst, und wird für Wagen vom Lande ½ Thaler preußisch, für Wagen aus der Stadt 1 Thaler preußisch pr. Meile entrichtet. Endlich wird es den Bürgermeistern und Bauervögten auferlegt, die etwaige Einquartierung zu ordnen. — Die schleswig'schen Westsee-Inseln haben zum dänisch-schleswig'schen Reichsrath gewählt, und zwar sind dort Mitglieder der Landsthings-Abtheilung der genannten „Gesammtvertretung" geworden: der Minister für Schleswig, Kammerherr Johansen, der schleswig'sche Exminister, Kammerherr Wolffhagen, der Amtmann Knudsen von Fehmarn, und der Hofbesitzer Kammerrath Juhl aus Nordschleswig. — Aus der Umgegend von Aalborg wird berichtet, daß dort preußischer Seits mehrere Bauervögte in Haft genommen wurden, weil die preußischen Offiziere in den betreffenden Dorfschaften die Telegraphenleitung zerstört angetroffen. Die sämmtlichen Blätter schmähen in Folge dessen das preußische Oberkommando in der gehässigsten Weise.

Kopenhagen, 1. Juni. (W. T.-B.) Die „Berling. Ztg." vernimmt, daß der Artilleriemajor Kaufmann auf Befehl der dänischen Regierung nach London abgereist ist, um den dänischen Bevollmächtigten bei der Konferenz in eventuellen militärischen Fragen beizustehen.

* **Jütland.** Der aus dem hohen Norden der jütischen Halbinsel, aus Frederikshavn vom 24. Mai, schreibende Spezialkorrespondent des Londoner „Daily Telegraph" stellt Berechnungen betreffs der Stärke des Heeres an, über welches Dänemark bei einer Erneuerung der Feindseligkeiten noch gebieten könnte. Er klagt, daß in der dänischen Presse am allerwenigsten eine Auskunft über den Stand der Armee zu finden sei; eine Schweigsamkeit, welche theils in einem aufrichtigen Bestreben, keine für den Feind etwa nutzbare Angaben zu bringen, ihren Grund habe, theils in einem auffallenden Mangel an Energie und Unternehmungsgeist, vor Allem aber in der Thatsache, daß ungeachtet des demokratischen Charakters der dänischen Institutionen das alte aristokratische, halbdespotische Regierungssystem in der Verwaltung und in der Führung öffentlicher Angelegenheiten noch seine zahlreichen Spuren zurückgelassen habe. So gebe sich, trotz der Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik und trotz der gänzlichen Unklarheit des Publikums über die Absichten der Regierung, doch kein allgemeines Verlangen nach der Einberufung des neu erwählten Parlaments kund; so sei in dem ganzen Kriege, wie groß auch der Verlust an höheren Offizieren gewesen, doch kein einziges Offizierspatent an einen Mann in Reih und Glied verliehen worden, wie denn, abgesehen von der Frage, ob Krieg, ob Frieden, die Regierung in militärischen Dingen absolut freie Hand habe.

Ich hörte in Kopenhagen — fährt der Berichterstatter fort —, die Armee sei auf Alsen; auf Alsen, sie sei auf Fühnen; auf Fühnen hieß es, sie sei in Jütland, und Jütland habe ich hin- und her durchstrichen, ohne sie zu finden. Durch Vergleichung mehrerer Angaben wird es mir klar, daß in Jütland, d. h. also nördlich vom Lymfjord, höchstens 10,000 Mann stehen; in Fühnen etwa 8000, in Alsen vielleicht nicht 4000; in Kopenhagen, Seeland und über die andern Inseln zerstreut etwa 10,000. Fragt man im Kriegsministerium nach, so hört man ganz andere Zahlen; aber nirgendwo ist der Unterschied zwischen der Armee auf dem Papier und der Armee im Felde größer, als in Dänemark, wo die Zahl der den Truppentheilen attachirten Nichtkombatanten ungemein groß ist, und wo zudem die fetzenhafte Gebietsgestaltung eine wenig zuträgliche Vertheilung der Truppen nöthig macht. Es ist meine Ueberzeugung, daß die Regierung, wenn es morgen wieder losgehen sollte, nicht 20,000 Mann nach einem Punkte zu werfen vermöchte. Die Organe der Kriegspartei dringen in die Regierung, die Waffenruhe bei deren Ablauf nicht zu verlängern. Aber es wäre reiner Wahnsinn, wollte Dänemark alleinstehend den Feldzug wieder aufnehmen. Und so scheint auch die Regierung, wenigstens ihrem offenen Vorgehen nach zu urtheilen, nicht an eine baldige Erneuerung der Feindseligkeiten zu denken. Man hat die Zeit der Ruhe durchaus nicht dazu benützt, die Truppen besser einzuexerziren oder ein Uebungslager herzustellen, wie Anfangs vorgeschlagen worden. Im Gegentheil, Jedem, der darum einkam, ist ohne weiteres Urlaub gewährt worden; mehrere Regimenter sind nach Kopenhagen zurückgegangen, andere aufgelöst worden, weil die Dienstzeit abgelaufen war — ohne daß man einen Versuch gemacht hätte, sie wieder anzuwerben. Das Hauptquartier ist in den äußersten Osten Fühnens verlegt worden, wie es scheint, als Uebergang zur schließlichen Beilegung nach Kopenhagen. Die Politik der Regierung ist leicht zu durchschauen; sie rechnet auf eine exorbitante Forderung von Seiten Deutschlands, welche die neutralen Mächte zum aktiven Auftreten bewegen möchte; und sie will deßhalb die Fiktion aufrecht halten, als sei sie noch zum Kriege gerüstet. Seltsam ist dabei, daß die dänische Presse, entweder absichtlich oder unwissentlich, diese Fiktion als eine Wirklichkeit betrachtet.

Rußland und Polen.

Warschau, 28. Mai. (Danz. Ztg.) Eine der Folgen der Art, in welcher die Bauernukase zur Ausführung kommen, ist eine fast allgemeine Arbeitseinstellung von Seiten der Bauern, die bis jetzt keine Grundstücke hatten, zu keinem Robot verpflichtet waren und für Lohn Feld-, Hirten-, Wald- u. s. w. Dienste verrichteten. Ohne daß die Ukase diesen Bauern das Recht zum Anspruch auf Grundstücke geben sollten, nahmen die mit der Ausführung beauftragten Offiziere solche den Gutsbesitzern ab und ertheilten sie den Bauern, denen sie dann als Wohnhäuser gutsherrliche Gebäude einräumten. Der Rausch der so plötzlich zu Eigenthümern erhobenen Leute ist ein ungeheurer, und sie begehen, wie natürlich ist, mancherlei Exzesse. Von Arbeiten wollen sie nichts hören. So sind viele Felder unbestellt geblieben. Nach der stürmischen Aenderung der Verhältnisse in Galizien im Jahr 1848 hatte jenes Land einige Jahre hindurch gar keine Getreideausfuhr mehr; dieses Verhältniß ist auch für das Königreich Polen für die erste Zeit, wenn auch nicht in dem Maße, vorauszusehen. Uebrigens während die von Militärs vorgenommene Regulirung nach dem Ukas den oben geschilderten Einfluß auf die Bauern hat, treten andere Offiziere, die mit der Handhabung der Polizei beauftragt sind, im Sinne Berg's auf, und nöthigen die Bauern durch strenge Mittel zur Wiederaufnahme der Feldarbeiten, und, wie berichtet wird, mit Erfolg.

Donaufürstenthümer.

Aus **Bukarest** vom 31. Mai wird telegraphirt, das definitive Resultat der Volksabstimmung am 22.—26. Mai sei: 611,094 Ja und 1307 Nein; gar nicht mitgestimmt hätten 70,220 von der Gesammtheit der 682,621 wahlberechtigten rumänischen Staatsbürger; übrigens herrsche im ganzen Land die vollkommenste Ruhe. Am 2. Juni, dem Namensfeste der Fürstin, wird der Metropolit dieses Resultat dem Fürsten in feierlicher Zeremonie mittheilen. An den beiden ersten Tagen der Abstimmung figurirten an den Straßenecken von Bukarest zwei große Plakate, durch welche die Regierung die Anzeige machte, daß der Bojar Konstantin Sutzo und Dr. Lamberti einerseits und der Phanariot Balsch andererseits als des Hochverraths schuldig verhaftet worden seien. Das war natürlich nur so ein Knalleffekt, wie er in mageren Possen zur Befriedigung des Publikums unentbehrlich ist.

Von der untern Donau, im Mai, schreibt man der „D. A. Ztg." zur Aufklärung über die Motive des Kusaschen Staatsstreichs: „Es läßt sich erwarten, daß die hiesigen Verhältnisse in ganz falschem Lichte werden dargestellt werden, um das mit denselben unbekannte Europa darüber zu täuschen; wir müssen daher auf die früheren Zustände zurückgehen. Die eigentlichen Herren des Landes waren die Großbojaren, welche unter sich die Fürsten in der Moldau und Walachei wählten. Bürger gab es eigentlich nicht, sondern Fremde und Juden bevölkerten die Städte; der Bauer war ohne Eigenthum, wie der Leibeigene in vielen deutschen Ländern vor 1806. Der russische Generalkonsul war so ziemlich die höchste Instanz im Lande, denn die Türken hatten hier nichts zu thun, als ihr unbedeutendes Schutzgeld einzuziehen. Die Großbojaren waren größtentheils Phanarioten, den mächtigen Familien griechischer Abstammung angehörig, welche bei der Indolenz der Türken alle Macht an sich rissen und ohne Rücksicht auf ihren verschiedenen Glauben bedeutende Aemter bekleideten. Die der eingebornen Bevölkerung angehörigen angesehenen Familien, die kleinen Bojaren, wurden mit verächtlichen Namen, z. B. Schokoi, belegt. Als nach dem Krimmkriege die Macht Rußlands in diesen Fürstenthümern gebrochen war, konnte der langgehegte Wunsch, diese beiden Fürstenthümer zu vereinigen, erreicht werden, obwohl auch Oesterreich nicht wünschte, daß eine neue Nationalität, die der Rumänen, sich an seinen Grenzen ausbildete, da die in Siebenbürgen, Ungarn und dem Banat lebenden über zwei Millionen Rumänen leicht mit ihren Stammgenossen fraternisiren könnten. Es handelte sich nun bei dieser Vereinigung beider Fürstenthümer um ein gemeinschaftliches Oberhaupt. Nie hätte die Eifersucht der Bojaren erlaubt, daß ein Walache in der Moldau und umgekehrt herrschte; man wollte daher einen fremden Fürsten, eine fremde Regierung haben. Da aber die Schutzmächte in Folge des Pariser Friedens vom 30. März 1856 sich darüber so bald nicht geeinigt hätten, kam man überein, einen einstweiligen Fürsten aus den kleinen Bojaren zu wählen, der ohne allen Halt nach der gewohnten Ordnung der Dinge sein würde. Allein die politischen Verhältnisse Europa's gestalteten sich bald so, daß das beabsichtigte Provisorium bleibend zu werden und Fürst Kusa sich festzusetzen schien. Damit bekam er einen schweren Stand. Allein er umgab sich mit Männern des Fortschritts, z. B. mit dem in Berlin erzogenen Cogalnitscheano, der auch nicht zu den Großbojaren gehört, und verstand es, das Volk zu gewinnen, indem er die Bauern frei machte, wie Oesterreich in Galizien und Rußland jetzt in Polen gethan. Daher die Wuth

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

der Großbojaren gegen Kusa. Die von ihm verfügte Auflösung des Parlaments war freilich ein Staatsstreich, den er aber im Interesse der Humanität (— und zugleich im eigenen —) für nöthig hielt.

Großbritannien.

* **London,** 1. Juni. Parlamentsverhandlungen vom 31. Mai.

Im Unterhause wird nach sehr langer Zwischenzeit wieder einmal eine Petition zu Gunsten Polens überreicht; sie rührt von einer „Gesellschaft der Freunde der Arbeit" in London her. Auf eine Anfrage Roguelin's in Betreff des „höchst eigenmächtigen" Verfahrens der Spanier gegen Peru erwiedert Layard, er könne über die vom ehrenwerthen Gentleman angeregte völkerrechtliche Frage keine befriedigende Antwort ertheilen. Was er wisse, sei Folgendes. Nach Depeschen, welche die Regierung am Samstag von ihrem Gesandten in Peru erhalten, habe der spanische Gesandte oder vielmehr Kommissär eine Forderung erhoben, die von der peruanischen Regierung nicht gewährt wurde, worauf er ohne weitere Anzeige in Verbindung mit dem spanischen Admiral die Chinchainseln besetzt habe. Es heiße jedoch, daß die Ausführung der Lieferungsverträge durch diesen Schritt nicht leiden und die Verladung von Guano auf brittische Schiffe nicht gehindert werden solle. Ueber die Gründe der Besetzung sei von der spanischen Regierung keine Erklärung hieher gelangt, und er könne daher nicht sagen, was Ihrer Maj. Regierung in Sachen Peru's beschließen werde.

Newdegade fragt, ob es nicht die Pflicht der seit dem Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit Brasilien dort gebliebenen englischen Konsuln sei, Alles, was die englische Regierung oder die englischen Interessen betrifft, an Earl Russell zu berichten; und ob Ihrer Maj. Regierung nicht vom Konsul in Rio Etwas über die am 24. Febr. im brasilischen Senat vom ehemaligen Justizminister Sinimbré gehaltene Rede gehört habe, in welcher Rede derselbe das Benehmen des brasil. Untersekretärs gegen Hrn. Reeves vertheidigte, die ganze Korrespondenz mit der brittischen Legation darlegte, und die Noten, in denen Hr. Christie sich auf Befehl Earl Russell's über das Verhalten des Untersekretärs beschwert hätte, als „höchst impertinent" bezeichnete? Layard muß den ehrenwerthen Gentleman ersuchen, nicht auf Beantwortung dieser Frage zu dringen, da die Vermittlungsunterhandlungen bereits im Gange seien, und es nicht rathsam sein könne, eine böse Stimmung in Brasilien hervorzurufen.

Hennessy richtet an den edlen Lord Premier die Frage, ob gewisse Depeschen, von denen er Abschriften besitze, und die Englands Politik gegen Polen betreffen, echt seien. Mit Erlaubniß des Hauses wolle er aus einer derselben — einem Schreiben des Grafen Walewski an den Grafen Persigny, das vom 15. August 1855 datirt ist — folgenden Auszug verlesen: „Lord Cowley hat mir eine Depesche seiner Regierung vorgelesen zur Antwort auf diejenige, welche ich Sie beauftragt habe, Lord Clarendon zu übergeben, und die von der Lage des Königreichs Polen in seiner Beziehung zu den Verträgen, welche seine gesetzliche Stellung im Jahr 1815 bestimmten, und von der eventuellen Grundlage des künftigen Friedens handelt." Meine Frage ist nun, ob die Depeschen, auf welche der eben verlesene Auszug hinweist, und denen er selbst entnommen ist, echt sind, und ob der edle Lord bereit wäre, sie auf den Tisch zu legen? Lord Palmerston: Ich bin wirklich ganz außer Stande, für die Echtheit der französischen Depeschen zu bürgen. Hennessy: Im Jahr 1861 erklärten zwei Minister Ihrer Majestät, deren einer der edle Lord selber war, daß ihrer Meinung nach zwischen der englischen und der französischen Regierung i. J. 1855 keine Depeschen über die Angelegenheiten Polens gewechselt worden seien. Nun ergibt sich, daß Lord Cowley in dem genannten Jahr eine angeblich von Lord Clarendon kommende Depesche an die französische Regierung über den bewußten Gegenstand vorgelesen hat, und ich wünsche zu wissen, ob die Regierung jene Depesche und die anderen über dieselbe Angelegenheit geschriebenen vorlegen wird. Lord Palmerston: Ich kann die Frage nicht auf der Stelle beantworten. Ich will die Sache untersuchen und sehen, ob die Depeschen vorgelegt werden können.

Cobden beantragt die Resolution, zu erklären, daß die Politik der Nichteinmischung in die innern politischen Angelegenheiten fremder Länder, welche England in seinen Beziehungen zu den Staaten Europa's und Amerika's zu befolgen sich vorgenommen hat, auch im Verkehr mit dem chinesischen Reich beobachtet werden sollte. China — sagt er — ist das einzige fremde Land, wo wir uns systematisch bemüht haben, durch Gewalt und Krieg einen Handel zu erzwingen, und merkwürdig genug ist es auch das einzige Land, welches von dem überall ersichtlichen allgemeinen Fortschritt eine Ausnahme macht. Im Laufe von ungefähr 20 Jahren haben wir drei Kriege mit China geführt, um den Handel mit ihm zu erschließen; nach jedem derselben sandten unsere Kaufleute, in der Erwartung erweiterter Märkte, ungeheure Waarenmassen nach China, und die Folge war jedesmal Enttäuschung und Reaktion. Um aus unsern Schwierigkeiten herauszukommen, sollten wir eine bestimmte Anzahl Freihäfen an der Küste gründen, wie wir in Singapore gethan, wo die Bevölkerung in 40 Jahren sich von 200 auf 100,000 Seelen vermehrt hat. Zum Schluß empfiehlt Cobden, in der nächsten Session einen Sonderausschuß über die Handelsbeziehungen zu China und Japan einzusetzen. B. Cochrane sekundirt. Layard vertheidigt die Politik der Regierung. Der Handel mit China habe sich in den letzten Jahren ungemein gehoben. Hongkong und Shanghai seien bereits Freihäfen; um neue zu gründen, müßte man Inseln wie Chusan und Formosa besitzen, welche China aber nicht leicht abtreten würde. Lord Naas u. a. Mitglieder stimmen dem Antragsteller bei. Lord Palmerston kämpft mit ungefähr denselben Waffen wie Layard, indem er vorzugsweise auf die großartigen Erfolge der chinesischen Politik, nämlich die Erhöhung der Ausfuhr, verweist. Bright unterstützt natürlich den Antragsteller, und dieser zieht darauf seine Motion zurück.

Lord Palmerston beantragt die Ernennung eines Sonderausschusses von 15 Mitgliedern über die Berichte der Schulinspektoren. Es entspinnt sich darüber eine Debatte, die schließlich vertagt wird.

* **London,** 1. Juni. In folgender Note zeigt der hiesige dänische Gesandte dem brittischen Ministerium des Auswärtigen die eventuelle Wiederaufnahme der Blokade deutscher Häfen an:

Dänische Gesandtschaft, 23. Mai 1864.

My Lord! Ich habe die Weisung, Ihrer Britt. Maj. Regierung in Kenntniß zu setzen, daß die Blokade der Häfen Kammin, Swinemünde, Wolgast, Greifswalde, Stralsund, Barth, Danzig und Pillau in der Ostsee, sowie die Blokade der Häfen und Buchten der Herzogthümer Schleswig und Holstein, welche am 12. d. M. den Stipulationen der Waffenruhe gemäß aufgehoben worden, unverzüglich am 12. Juni, beim Ablauf der Waffenruhe, wieder hergestellt werden wird; es sei denn, daß die Verhandlungen der Londoner Konferenz bis dahin wenigstens zu irgend einer vorläufigen Uebereinkunft geführt haben sollten.

Meine Regierung hat es in Berücksichtigung der Interessen der Handelswelt für geboten erachtet, die Wiederaufnahme der Blokade zeitig zu notifiziren, und ich habe gleichfalls die Weisung, mitzutheilen, daß kein neutrales Schiff, welches nach der Erneuerung des Krieges versuchen sollte, in einen der blokirten Häfen einzulaufen, der Wegnahme verfallen sein wird, außer wo vorherige Anzeige auf gewöhnlichem Wege oder durch die Schiffe des Blokadegeschwaders selbst erfolgt ist. — Ich habe die Ehre ꝛc. Torben Bille. — An den Right Hon. Earl Russell ꝛc.

Den Empfang dieser Note bestätigt Earl Russell am 30. ohne weitere Bemerkung.

Afrika.

Aus **Malta,** 30. Mai, wird telegraphirt: „In Tripolis ist ein Pulvermagazin explodirt; 40 Menschen sind dabei ums Leben gekommen. Das Telegraphenbureau ist beschädigt, die Verbindung mit Alexandria indessen nicht unterbrochen."

Ueber Southampton wird von Marokko gemeldet, daß der Sultan den Forderungen Frankreichs nachgekommen ist. Drei Offiziere waren in Tetuan angekommen und hatten den Gouverneur ersucht, ihnen an den Hof zu folgen.

Amerika.

* **Neu-York,** 18. Mai, Nachm. (Per „City of Cork".) Aus Frederiksburg melden nordstaatliche Offiziere, Grant sei in der Nacht wieder vorgerückt; die Straßen sind in bedeutend besserem Zustande. Die Armee hat zahlreiche Verstärkungen erhalten. Seward hat die angebliche Proklamation des Präsidenten, welche die Börse wie das Publikum in so große Aufregung versetzt hatte, offiziell als eine Fälschung erklärt. — Der Kriegsminister Stanton kündigt auf den 1. Juli eine Aushebung an zum Ersatz der Verluste, welche die Armee erlitten hat.

— Aus **Lima** wird der Korrespondenz Havas-Bullier unter dem 28. April geschrieben, daß im Lande von nichts Anderem die Rede sei, als von der gewaltsamen Besitznahme der Chincha-Inseln durch das spanische Geschwader. Alle, sowohl Einheimische wie Fremde, sind über den Gewaltstreich des Admirals Pinzon entrüstet. Franzosen, Engländer und Nordamerikaner sind übereingekommen, um die Intervention ihrer respektiven Regierungen nachzusuchen; selbst die bedeutendsten in Peru ansäßigen Spanier haben an ihre Königin einen Bericht über den Hergang eingesandt, der von einer speziellen Deputation überbracht wird, und worin sie der Regierung von Peru vollkommen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das diplomatische Korps hat einen Protest unterzeichnet, in welchem das Verfahren des spanischen Geschwaders als dem Völkerrecht durchaus zuwiderlaufend hingestellt wird. Man glaubt nicht, daß die spanische Regierung eine solche Aggression hat gutheißen können; deßhalb rechnet man auch auf ihre strenge Mißbilligung der bedauerlichen Vorgänge, und die Regierung muß sich die größte Mühe geben, die Gereiztheit des Volkes, welches sich mit Gewalt wieder in Besitz der Chincha-Inseln setzen möchte, zu beschwichtigen.

Baden.

†* Bruchsal, 2. Juni. Die verspäteten Nachtfröste im Mai haben auch in unserer Gegend Schaden gethan, der jedoch im Ganzen unbedeutend ist, wenn auch einzelne Landwirthe, namentlich durch das Erfrieren der Tabaksetzlinge, einigen Nachtheil davon haben. Am auffallendsten für das Auge ist die Wirkung des Frostes in den Wäldern, wo stellenweise das junge Laub der Eichen ganz schwarz geworden ist. Seit einigen Tagen haben wir reichliche und warme Gewitterregen, welche nach mehrwöchentlicher Trockenheit sehr zur rechten Zeit kamen, zumal sie den Landwirthen das Setzen der Pflanzen von Tabak und Dickrüben ermöglichen. Der Anbau von Tabak und Hopfen wird in Folge der vorjährigen guten Preisverhältnisse eine sehr große Ausdehnung bei uns erhalten.

Wegen des vom großen Brande beschädigten „obern Thores" haben sich Gemeinderath und kleiner Ausschuß für den Abbruch entschieden, allein wegen der vielen Gegner soll auch noch der große Ausschuß darüber befragt werden. Zum Ersatz für die durch den Abbruch wegfallende Thurmuhr soll nach dem Wunsch des betreffenden Stadttheiles auf dem Polizeiwach-Gebäude ein Thürmchen mit Uhr angebracht werden, so daß man hoffen darf, es werde jener sehr zweckmäßige Beschluß zum Vollzug gelangen. Um die Passage wieder freigeben zu können, wurde der baufällige Theil des Thores abgetragen, und so steht es einstweilen als eine Ruine da. Wegen der Brandentschädigungen können wir aus guter Quelle berichten, daß sich sämmtliche Versicherungsgesellschaften, namentlich auch der „Deutsche Phönix", dabei sehr loyal gezeigt haben.

Der vor einiger Zeit in dieser Zeitung erwähnte Prozeß zwischen der letztgenannten Gesellschaft und einem hiesigen Sägmühlen-Besitzer wurde durch einen Vergleich erledigt, wonach dem Letztern gegen Uebernahme der Kosten 1000 fl. ausbezahlt wurden.

Mannheim, 2. Juni. (Mannh. Journ.) Sicherm Vernehmen nach findet die Enthüllung des Iffland-Standbildes bis 20. Aug. statt, und läßt die Bestimmung dieses Termins mit ziemlicher Gewißheit die Anwesenheit des königl. Stifters bei der Feierlichkeit voraussetzen.

Freiburg, 2. Juni. (Frbgr. Ztg.) Die Eröffnung der Urtheilssitzung des Schwurgerichts für das II. Quartal d. J. ist auf Montag 20. d. M., Vormittags 8 Uhr, festgesetzt. Die Sitzung wird 4 bis 5 Tage währen, und es kommen äußerm Vernehmen nach 4 Fälle zur Verhandlung.

Vom Schwarzwald, 31. Mai. (Oberrhein. Kur.) Sicherm Vernehmen nach findet am 20. Juni d. J. die feierliche Eröffnung des auf dem Feldberg erbauten Gasthofes statt, durch welches Unternehmen einem lange gefühlten Bedürfniß abgeholfen ist. Der Gasthof ist ein sehr schönes, am südöstlichen Abhang des Berges nach schweizerischem (Berner Oberländer) Baustyl ausgeführtes Gebäude, mit freundlichen und gut eingerichteten Räumlichkeiten.

Vermischte Nachrichten.

— München, 2. Juni (A. Z.) Se. Maj. König Ludwig I. hat dem Hrn. Erzbischof 40,000 fl. zustellen lassen, damit in unserer Diözese ein neues Benediktinerkloster errichtet werde.

— Wie die „Bayr. Ztg." meldet, wird Dr. Orges, welcher von der Redaktion der „Allg. Ztg." zurückgetreten ist, als österreichischer Konsul nach Singapore gehen, und in Augsburg durch Professor Wildauer aus Innsbruck ersetzt werden.

— Trier, 1. Juni. (Trier. Ztg.) Heute Morgen fand der Akt der Bischofswahl statt. Sämmtliche 14 Wähler waren anwesend. Nachdem dieselben sich in das Wahllokal begeben hatten, wurde dasselbe geschlossen. Nach dreiviertelstündiger Wahl wurde gegen 11 Uhr das Resultat von der Kanzel durch den Dompfarrer, Hrn. Kanonikus Schue, verkündigt. Demgemäß ist der hochw. Herr Dr. D. B. Hanenberg in München in kanonischer Weise und mit königl. Sanktion zum Bischof der Diözese Trier gewählt. Der Gewählte ist Benediktiner-Abt im Kloster St. Bonifaz und Professor der hebräischen und aramäischen Sprache an der Universität in München, sowie Erzieher mehrerer königlich bayrischer Prinzen, Verfasser einer beträchtlichen Zahl hochgeschätzter Schriften, und gegenwärtig auf einer Reise nach Jerusalem begriffen. (Er ist so eben in München wieder eingetroffen.)

— Rostock, 30. Mai. Der feudale „Nordd. Korrespondent" veröffentlicht die Antwort, welche die Rostocker Juristenfakultät auf das von Hrn. v. Warnstedt in Hannover an die deutschen Juristenfakultäten erlassene Zirkular unterm 7. Mai ertheilt hat. Die Fakultät hat demzufolge, abweichend von andern deutschen Juristenfakultäten, einstimmig beschlossen, dem von Hrn. v. Warnstedt an sie gestellten Ersuchen, die in seiner Staatsschrift gegen Pernice und Zimmermann, mit erschöpfender Vollständigkeit angeführten Quellenzeugnisse und urkundlichen Thatsachen und die Folgerichtigkeit der aus denselben gezogenen Schlüsse einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, nicht Folge zu geben. Die Motive dieses auffälligen Beschlusses faßt das Antwortschreiben dahin zusammen:

„Ihr Gesuch enthält eine doppelte Forderung: die der Prüfung und Beurtheilung einerseits Ihrer Schrift, beziehungsweise Ihres durch diese begonnenen literarischen Streites, andererseits der gegenwärtig zur Sprache stehenden Fragen über das Staatsrecht von Schleswig-Holstein. Wenn nun eine Arbeit ersterer Art schon deßhalb von uns abgelehnt werden muß, weil sie nicht innerhalb des Kreises von Gegenständen liegen würde, mit denen eine Juristenfakultät als solche sich angemessen beschäftigt, so können wir der zweiten von uns verlangten Prüfung uns weder auf Grund allein Ihrer Schrift, noch auch mit derjenigen Eilfertigkeit unterziehen, die anscheinend gewünscht wird. Es kommt hier nicht an und es darf hier nicht ankommen auf bloße Vergleichung, Summirung und Fassung bereits bei den Mitgliedern der Fakultät vorhandener persönlicher Meinungen: Sie selbst verlangen eine „gründliche Kollegialprüfung". Sie gedenken mit Recht des in dem Beruf deutscher Juristenfakultäten gelegenen sittlichen Ernstes. Eben dieser Ernst unserer Berufspflicht fordert zum Zweck rechtlicher Fakultätserachten eine tiefer eingehende Erwägung der Sachlage, als sie an der Hand einer Flugschrift möglich ist. Es genügt, als Beispiel hervorzuheben, daß in derselben die von Ihnen in Bezug genommenen Dokumente großentheils blos in abgerissenen und deßhalb, wie Ihnen bekannt, für die rechtliche Beurtheilung werthlosen Fragmenten mitgetheilt werden. Was in solcher Richtung ein Einzelner mag unternehmen dürfen, ist etwas Anderes, als woran eine Juristenfakultät sich genügen lassen kann. Aufgabe, Bedingungen und Formen Ihrer Arbeit sind andere, und Ihrer Sachkunde wird nicht entgehen, daß bei einer Frage von solcher Verwicklung und Bedeutung, wie die schleswig-holsteinische es ist, die einer deutschen Fakultät würdige Lösung nur binnen einer geräumigen Frist zu erübrigen wäre. Die uns übersandten beiden Exemplare Ihrer Schrift erfolgen hierneben zurück.

— Laufenburg, 1. Juni. (Ob. Kur.) Der Lachsfang ist heuer so unergiebig, wie man sich dieses kaum zu erinnern weiß. Erst einige Dutzend Stücke wurden gefangen. Der Preis dieser Leckerspeise ist daher auch sehr gestiegen; das Pfund wird mit 1 fl. 24 kr. bezahlt.

— Mexiko, 29. Apr. (A. Z.) In Colima stand kürzlich der amerikanische Konsul von Manzanillo, Blake, des Mords eines Matrosen angeklagt, vor den mexikanischen Gerichten, und wurde durch diese zum Tode durch Erschießen verurtheilt. Wie kaum anders zu erwarten war, ließ man ihn aber entwischen.

— In San Francisco hat sich im Monat März ein kalifornisches Zentral-Hilfskomitee für Schleswig-Holstein gebildet und eine Adresse an das schleswig-holsteinische Volk erlassen, die dem Zentralausschuß in Frankfurt übersendet wurde. Aus dem an den Frankfurter Zentralausschuß gerichteten Begleitschreiben geht hervor, daß die Sammlungen in San Francisco und dessen nächster Umgebung zu Anfang April bereits die Summe von 15,000 fl. erreicht hatten, und daß vom Komitee ein Aufruf erlassen worden ist, welcher alle Landsleute in Kalifornien und den benachbarten Territorien zur Betheiligung auffordert. Nach dem Eintreffen der vom Frankfurter Ausschuß erbetenen Mittheilungen wird eine öffentliche Versammlung in San Francisco über die Verwendung der eingegangenen Gelder Beschluß fassen.

✗ Heidelberg, Anfang Juni. Von dem Lehrbuch der allgemeinen Arithmetik des Professors am Polytechnikum zu Karlsruhe, Dr. C. Spitz, liegt uns nun auch der zweite Theil vor. Derselbe behandelt in vier Abschnitten die Kombinationslehre, den binomischen Lehrsatz, die Wahrscheinlichkeitsrechnung, diejenigen Rechnungsarten, welche sich auf die menschliche Sterblichkeit gründen, und enthält eine jedenfalls hinlängliche Anzahl von Beispielen und Aufgaben, um Gelegenheit zur Uebung zu verschaffen. Hierzu sind durch den in gesonderten Heftchen erschienenen Anhang die nöthigen Andeutungen und Resultate gegeben. Auch dieser zweite Theil des Lehrbuches verräth nicht allein den gründlichen Forscher der Wissenschaft, sondern auch besonders den praktisch erfahrenen Lehrer, was bei diesem Zweige der Mathematik von um so größerer Bedeutung ist, weil er in der engsten Beziehung zu dem praktischen Leben steht. Dem Lehrer wie dem Studirenden, zumal dem Kameralisten, wird dieses Buch sicherlich willkommen sein.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

2. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 6,63'''	+15,0	S.W.	ganz bew.	tb., mld., Strichr.
Mittags 2 „	„ 6,50'''	+19,0	„	stark „	Sonnenbl., warm
Nachts 9 „	„ 7,30'''	+14,0	„	ganz „	trüb, Regen

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.319. Lahr. Unsern Verwandten und Freunden machen wir hiermit die schmerzliche Anzeige, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern geliebten Gatten, Vater, Großvater, Schwiegervater und Schwager,

Joh. Fr. Heidlauff, Handelsmann,

heute Abend 5 Uhr, in einem Alter von 73 Jahren, nach längerem Leiden durch einen sanften Tod aus diesem Leben abzurufen.

Um stille Theilnahme bitten,

Lahr, den 2. Juni 1864,

Die trauernden Hinterbliebenen.

Z.k.320. Offenburg. Entfernten Freunden und Verwandten widme ich die traurige Nachricht von dem Dahinscheiden meiner lieben Frau Therese, geb. Billet, und bitte um stille Theilnahme.

Offenburg, den 2. Juni 1864.

Adolph Schell.

Z.k.273. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Zu dem ab 1. April d. J. giltigen Tarif für den direkten Güterverkehr im **Westdeutschen Eisenbahn-Verband** ist ein mit dem **1. l. Mts.** in Wirksamkeit tretender Nachtrag erschienen, welcher u. A. Aenderungen im Spezialtarif für Getreide und neue Klassifikationsbestimmungen für Wein, Oele, Thran 2c. enthält und bei den betr. Verbandstationen unentgeltlich abgegeben wird.

Karlsruhe, den 31. Mai 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
J. A. d. D.
Poppen.

Schneider.

Z.k.213. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die in der Zeit vom 1. Juli 1862 bis dahin 1863 auf den Bahnlinien, in den Bahnhöfen und in den Eisenbahnwagen vorgefundenen herrenlosen Gegenstände, als Kleidungsstücke, Schirme und dergl., auch Frachtgüter werden, insoweit eine Zurückforderung durch die Eigenthümer nicht stattfindet, nach Ablauf von 3 Monaten öffentlich versteigert werden.

Diejenigen Personen, welche glauben, Anspruch auf den einen oder den andern dieser Gegenstände machen zu können, werden daher aufgefordert, solchen binnen obiger Frist bei einer Hauptstation oder bei dem Hauptdepot geltend zu machen, wobei bemerkt wird, daß bei jeder Güterstation ein spezifizirtes Verzeichniß über die Frachtgüter angeschlagen ist.

Karlsruhe, den 24. Mai 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.

Schädle.

In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** ist zu haben:

Sommerfahrtenplan

der großh. **badischen**, der königlich **württembergischen** Staatseisenbahnen und der **Main-Neckar-Bahn**, mit den linksrheinischen Influenzen, sowie den anschließenden **Dampfboot-, Eilwagen-, Postomnibus-** und **Cariolpost-Verbindungen.**

Preis 3 kr.

Karlsruhe. Bei uns erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Predigt

über Röm. 11, 33—36; gehalten am Trinitatisfeste 1864 in der Schloßkirche zu Karlsruhe von

Prälat **Dr. J. Holtzmann.**

Auf Verlangen dem Druck übergeben.

Preis 6 kr.

Der Erlös ist für einen wohlthätigen Zweck bestimmt.

Karlsruhe, 31. Mai 1864.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

☞ Nach auswärts wird die Predigt gegen Einsendung von **7 kr.** in Briefmarken **franco** versandt.

„Für Kunstfreunde."

Z.k.312. In der Hofkunsthandlung von **J. Velten** in **Karlsruhe** ist nebst andern neuen Kupferstichen 2c. so eben eingetroffen:

„Die Taufe"

nach dem berühmten Gemälde von Louis Knaus, gestochen von Ballin.

Preis auf chin. Papier 30 fl.

Z.k.313. Karlsruhe. Von der

Wilh. G. Deimling'schen Familien-Stipendien-Stiftung

sind pro 1864/65 nachfolgende Stipendien zu vergeben:

1) Aus der 1. Abtheilung 2 Stipendien à 200 fl.,
2) „ „ II. „ 2 „ à 100 fl.

Diejenigen Familienglieder, welche statutengemäße Ansprüche auf den Bezug dieser Stipendien machen können, resp. deren Eltern oder Vormünder, werden aufgefordert, solche im Laufe dieses Jahres bei der unterzeichneten Verrechnung geltend zu machen.

Karlsruhe, den 1. Juni 1864.

Wilh. G. Deimling'sche Familien-Stipendien-Stiftungs-Verrechnung.
Fr. Deimling.

Z.k.331. Heidelberg.

Gouvernantenstelle.

Für ein 10jähriges Mädchen in Livland wird eine wissenschaftlich gebildete — wo möglich geprüfte Erzieherin gesucht, die gut französisch spricht und in der Musik Fertigkeit besitzt. Offerten **baldigst** zu adressiren: **Hôtel Victoria No. 69. Heidelberg.**

Speditions- und Verladgeschäft

von **Adolph Römhildt**

in

Karlsruhe u. Maxau.

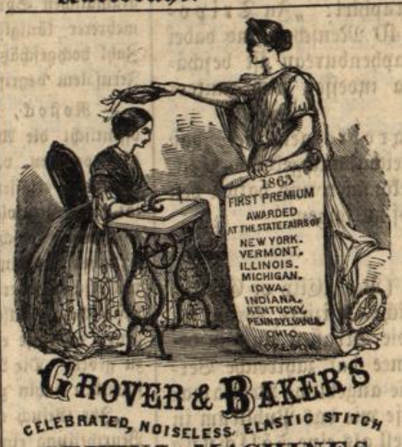
Bezug nehmend auf die von der hohen Direktion der großherzoglichen Verkehrsanstalten früher ergangene Ankündigung des Rollfuhrdienstes in Maxau, beehre ich mich zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß ich mit demselben ein Speditionsgeschäft verbunden habe.

Getroffene Vereinbarungen setzen mich in den Stand, Güterzuweisungen nach Nebenorten der Route **Saarbrücken, Maxau, Mühlacker, Ulm,** sowie derjenigen des **badischen Oberlandes** und der **Schweiz** zu übernehmen, und mit jeder reellen Konkurrenz Schritt haltend, billig und prompt zu besorgen.

Auf Verlangen stelle ich auch feste Uebernahmen mit Inbegriff aller Kosten und gebe über Frachtverhältnisse jederzeit mit Vergnügen Auskunft.

Z.k.325.

Karlsruhe. **Adolph Römhildt.**



Z.k.173. Karlsruhe.

Agenten,

tüchtige, für **Nähmaschinen**, werden in den kleineren Städten des Großherzogthums Baden gesucht

bei

L. Spies,

Herrenstraße 23.

Z.h.498.

Bad Gleisweiler,

Eisenbahn- und Telegraphen-Station Landau in der Rheinpfalz.

Rationelle Behandlung chronischer Krankheiten durch **Kaltwasserkur, Dampf-** und **Kiefernadelbäder, Molken, Kräutersäfte** und **Electrogalvanismus.**

Pension für Nichtkranke. — Prospekte und Näheres durch den Badearzt.

Dr. L. Schneider.

Köchingesuch. Z.k.317. Es wird eine perfekte Köchin gesucht mit guten Zeugnissen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Bierkessel. Z.k.324. Gaggenau. Ein gut erhaltener Bierkessel, 6 Ohm enthaltend, sowie circa 600 Stück Faßholz von 2 — 5½ Schuh lang, sind zu verkaufen bei Bierbrauer **Stricker** in **Gaggenau.**

Z.k.296. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt die ersten

Neuen **Matjes-Häringe**, frischen **Kaviar**, frisch ger. **Rheinlachs** und russ. mar. Sardines, **westph. Schinken**, echte **Lyoner, Veron. Salami, Göttinger** und **Braunschweiger Würste**, sowie

— **echt engl. Ale- und Porterbier,** —
echt Münchner Bockbier vom Hofbräuhaus,
„ „ **Lagerbier** vom Spaten,
„ „ **Exportbier** von G. Pschorr,
(**Lagerbier** in Flaschen und bei Originalfaß billiger),
ferner frischen
moussirenden Mai-Kräuter-Wein,
Limonade Gazeuse u. engl. **Soda-Water**
(billiger).

Verkauf!

Z.k.282. In der Gemeinde Steinach, ¼ Stunde von der zu erbauenden Kinzigthalbahn, und in einer der schönsten Lagen des Kinzigthales, ist ein geschlossenes Hofgut aus freier Hand zu verkaufen.

Dasselbe liegt auf der Sommerseite, besteht aus 34 Morgen Ackerfeld mit sehr vielen Obstbäumen, 14 Morgen Wässerwiesen, 49 Morgen Buch- und Eichwald, ungefähr 40 Morgen Birkenbosch und 14 Sester Almend, eingetheilt nach neuem Maß; ferner einem Wohnhaus, Stallung und Scheuer unter einem Dach, einem Leibgedinghaus, einem Trottschopf und einer gut erhaltenen Mühle.

Das Nähere besorgt auf frankirte Anfragen die Expedition dieses Blattes.

Z.k.321. Kehl a. Rhein.

Ankündigung.

Aus der streitigen Masse des J. M. Baer in Bruchsal wird am

Dienstag den 7. Juni, Morgens 9 Uhr

anfangend, in dem Magazin des Spediteurs **Karl Schwarzmann** in **Kehl a. Rhein** eine Parthie von

circa 200 Centner alte u. neue Hopfen

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert; wozu die Kaufliebhaber eingeladen werden.

Der Massepfleger
Karl Schmidt.

Z.k.326. Karlsruhe.

Hausversteigerung.

Die am 30. v. M. stattgehabte Versteigerung des der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen Hauses, Vorderer Zirkel Nr. 11, hat die Genehmigung nicht erhalten.

Es wird nunmehr eine zweite und letzte Versteigerung auf

Dienstag den 7. Juni 1864,
Nachmittags 3 Uhr,

im Rathhause dahier anberaumt, mit dem Bemerken, daß, wenn hierbei der Anschlag mit 32,000 fl. oder mehr geboten wird, der Antrag auf Genehmigung beim großen Ausschuß und der Staatsbehörde gestellt werden soll.

Die Versteigerungsbedingungen können bis zur Tagfahrt jeden Tag dahier eingesehen werden.

Beschreibung des Hauses.

Dasselbe liegt am großh. Schloßplatze und bildet das Eck des Arkadenzirkels und der Kreuzstraße, enthält zu ebener Erde 4 größere und 5 gewöhnliche Zimmer, im ersten Stock 1 Salon, 2 größere und 8 gewöhnliche Zimmer, und im Mansardenstockwerk 10 Zimmer, endlich die nöthigen Oekonomiegebäude und einen Garten.

Karlsruhe, den 1. Juni 1864.

Gemeinderath.
Malsch.

Dölling.

Z.k.292. Nr. 366. Offenburg. (Eichenschälholz-Versteigerung.) Aus den Domänenwaldungen des diesseitigen Forstbezirks werden nachverzeichnete Hölzer in kleinen Loosabtheilungen gegen Baarzahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigert,

Donnerstag den 9. Juni d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Distrikt Hummelswald: 30 eichene Wagnerstangen, 19 Klftr. eichenes Rebsteckenholz, 4 Klftr. eichenes Prügelholz, 100 eichene Wellen, 3 Loose Schlagraum und 3 Loose forlenes Stockholz.

Die Versteigerung findet im Gasthaus zur Linde in Durbach statt, und es wird bemerkt, daß sämmtliches Holz an den Abfuhrweg verbracht worden ist und dort eingesehen werden kann.

Offenburg, am 1. Juni 1864.

Großh bad. Bezirksforstei.
Steiglehner.

Z.i.87. Nr. 8004. Waldshut. (Aufgefundener Leichnam.) Gestern wurde in der Wutach auf Wutöschinger Gemarkung, ein männlicher Leichnam gefunden, welcher etwa 8 Tage im Wasser gelegen sein mag. Derselbe ist etwa 5' lang und von anscheinend gesunder, wohlgenährter Körperbeschaffenheit, im Alter von ca. 50 Jahren, hatte schwarze Haare mit einzelnen grauen vermischt; Augen und Nase konnten nicht mehr unterschieden werden; die Zähne sind noch gut, doch fehlen auf jeder Seite der erste Backenzahn und links 2 Schneidezähne.

Derselbe war bekleidet mit einem schwarzen alten Tuchrock, dessen innere Seite mit schwarzem Kanevas gefüttert ist, mit einer Weste von schwarzem Tuch mit beinernen Knöpfen, mit abgetragenen Beinkleidern von braunwollenem Tuche, mit Hosenträgern aus Tuchende, mit einer ziemlich neuen schwarzen, halbseidenen Kravatte, vorn mit einer Masche und an einem Ende hinten mit einem Knopfloch und am andern mit einem Knopfe versehen, mit einem noch guten baumwollenen Hemde, und endlich mit alten, kalbledernen Bundschuhen.

Wer über die Person des Verunglückten Auskunft zu geben vermag, wolle dahier oder bei seiner nächst vorgesetzten Behörde alsbald Anzeige erstatten.

Waldshut, den 27. Mai 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Wänker.

Z.i.90. Nr. 2519. Salem. (Aufforderung und Fahndung.) Friedrich Brändle von Waiblingen, kön. württ. Oberamtsgerichts daselbst, ist der Entwendung einer Taschenuhr, im Werth von 5 fl., damit des gemeinen Diebstahls angeschuldigt, und befindet sich auf flüchtigem Fuße.

Derselbe wird aufgefordert, sich

binnen 3 Wochen

dahier zu stellen, widrigens das Erkenntniß nach Lage der Akten erlassen würde.

Die entwendete Uhr ist von Neusilber, hat römische Ziffern, einen stählernen und einen messingenen Zeiger, einen ganz runden Bügel, und war mit einem ledernen Tragriemchen versehen.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den Thäter, der im Betretungsfall hieher abgeliefert werden wolle. Er ist 18 Jahre alt, 5' 3" groß, hat blonde Haare, blaue Augen und gute Zähne.

Salem, am 28. Mai 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Stetten.

Z.i.89. Nr. 4333. Stockach. (Aufforderung und Fahndung.) Friedrich Geiß von Stockach, Hornist im 4. Infanterieregiment „Prinz Wilhelm", ist am 26. d. Mts. aus seiner Garnison in Mannheim desertirt. Derselbe wird hiermit aufgefordert, sich

innerhalb 6 Wochen

dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er als Deserteur seines Orts- und Staatsbürgerrechts verlustig erklärt und in eine Geldstrafe von 1200 fl., sowie in die Kosten verfällt würde.

Ferner wird Beschlag auf dessen Vermögen hiermit gelegt und um Fahndung auf Friedrich Geiß gebeten, dessen Signalement hier folgt.

Alter, 20½ Jahre; Größe, 5' 4" 3'''; Statur, schlank; Gesichtsform, oval; Farbe, gesund; Haare, braun; Stirne, gewölbt; Augenbrauen, braun; Augen, braun; Nase, gewöhnlich; Mund, dick; Kinn, oval; Zähne, gut.

Derselbe trägt wahrscheinlich einen runden Filzhut und eine Schützenjoppe. An ärarischen Gegenständen vertrug er ein Paar Pantalons II. Kl.

Stockach, den 30. Mai 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Hatz.

Z.i.73. Nr. 5364. Schwetzingen. (Bekanntmachung.) Der von der „Deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit" zum Agenten für den Bezirk Schwetzingen ernannte Gastwirth Jakob Orth zum Schwan in Neckarau wurde bestätigt.

Schwetzingen, den 31. Mai 1864. Großh. bad. Bezirksamt. Waag.

Frankfurt, 2. Juni 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	3½% Obligation.	93½ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102⅝ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	80 P.	„	4½% do.	102⅜ P.
„	5% do. 1859 „ „	78¾ b. G.	„	4% do.	99 G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.	92¼ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83⅜ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅝ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68 G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91⅜ G.
„	5% Met.-Obligat.	61⅛ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91⅛ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	— —	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54¾ P.	Frankf.	3½% Obligation.	98⅛ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	„	3% do.	94 P.
„	4½% do.	101 P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86¼ bez.
„	4% do.	95 G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88½ P.
„	3½% Staatssch.	90⅛ G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	102¼ G.	„	2¼% Schuld	45⅝ G.
„	4½% ½jährig	102¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
„	4% 1jährig	100⅛ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ P.
„	4% ½jährig	99⅞ G.	Schwd.	4½% Obligation.	94½ G.
„	4% Ablös.-Rente	100 P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94¾ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100¼ G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ P.	„	4½% Bern. St.-O.	102 G.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	94 P.
„	3½% do.	94 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97½ P.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N.-Am.	6% St. i. D. r. 1881	62½ P.
„	3½% do. v. 1842	93½ P.	„	6% do. r. 1882	60½ bez.
G.-Hess.	5% Obligation.	102⅜ P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99¼ G.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	140⅜ P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅜ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	799 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50¾ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	201 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅝ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅜ P
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	223½ P.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	80 G.
4% Weimar. Bank-Aktien	93 G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	72½ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97⅝ G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	83⅝ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	106 P.	5% Galz. Carlldwb.-Pr O. 6/7	83¾ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101⅜ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	317 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	80 P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	100½ P.	5% „ „ 2. „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	189 P.	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	103 G.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111½ G.	4% „ „ „	98¾ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68½ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn	29⅜ bez.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwb.-Berb. Eisenbahn	144¾ G.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245½ G.
4% Neustadt-Dürkheimer	98½ G.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105 G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111½ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅛ G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	151¾ G.
4% Hess. Ludwigsbahn	126¾ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	130½ G.
„ 250 fl. „ 1854	79¼ P.
„ 100 fl. Pr L 1858	135 G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅝ bez.
„ 100 fl. v. 1864	97⅜ bez.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.
Bad. 50-fl.-Loose	111½ P.
„ 35-fl.-„	53¼ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	— —
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	138⅛ P.
„ 25 fl. „ „ „	37½ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	36 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅜ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100⅜ B.
Antwerpen	„	93⅞ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	105 G.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	93⅞ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88¾ G.
Leipzig	„	104⅞ G.
London	„	118⅞ G.
Maild. i. Fr. 200	„	93¾ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	102¼ B.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56 -57
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½-49½
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 24½-25½
Engl. Sover.	„	11 50 -54
Russ. Imper.	„	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassisch.	„	1 45 -45¼
Doll. in Gold	„	2 27 -28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)